

Zwetelina Ortega, Geschäftsführerin von „Wirtschaft für Integration“, will einen neuen Umgang mit Integration

„Wir sind ein Zuwanderungsland“

Von Christina Aumayr

■ Über Versäumnisse der Politik und Zuwandererdebatten im Jahr 2020.

■ Die positiven Fakten zu Migration erkennen nicht nur „Gutmenschen“.

„Wiener Zeitung“: Sie sind in Sofia geboren, sprechen fünf Sprachen und haben Romanistik studiert. Was braucht es für eine erfolgreiche Integration?

Zwetelina Ortega: Zeit, Sprache, den Willen, sich einzuleben – und eine Gesellschaft, die bereit ist, Menschen aufzunehmen. Bildung und Sprachkompetenz sind wichtige Erfolgsfaktoren.

Ihr Verein will Integration in neuer Weise behandeln. Warum?

Weil der jetzige Zugang nur problemorientiert ist. Ja, es gibt auch Hürden, aber wir wollen die Probleme als spannende Herausforderungen verstehen. Wir wollen Integration auf Wirtschaftspolitik fokussieren, denn ohne Zuwanderung läuft nichts mehr. Was wäre, wenn alle Zuwanderer gehen würden? Das AKH könnte zusperrern und einige Industriebetriebe gleich mit. Unsere Botschaft ist: Österreich ist Zuwanderungsland – und das ist gut so.



In den 60er und 70er Jahren hat die Politik niedrig qualifizierte, billige Arbeitskräfte hergeholt. Von deren Kindern erwarten wir jetzt ein Qualifikationsniveau, das im Österreich-Durchschnitt liegt.

Und das wird ohne erheblichen Aufwand nicht gehen. Es braucht Maßnahmen, um diese Menschen in ihrer Ausbildung zu begleiten, damit sie für den Arbeitsmarkt fit sind und selbstbewusst auftreten können. Unser Bildungssystem müssen wir völlig neu konzipieren. Wir haben Schulen mit bis zu 99 Prozent Kindern mit Migrati-

onshintergrund und ein Schulsystem, das darauf nicht ausgerichtet ist. Dennoch haben es viele Kinder der zweiten und dritten Generation ohne Unterstützung bis zur Matura und Uni geschafft. Das sind Jugendliche, deren Eltern noch Hilfsarbeiter waren, die ihren eigenen Weg gegangen sind – über diese jungen Menschen müssen wir auch reden.

Was ist dran an dem viel zitierten Integrationsunwillen der türkischen Community?

Die Türken müssen immer für die Probleme herhalten, weil sie rein optisch stärker auffallen als Serben oder Polen. Und das ist auch eine Form von Rassismus. Türkische Zuwanderer kommen aus einer sehr konservativen Gesellschaft und stoßen in Österreich auf eine sehr liberale Gesellschaft. Das ruft Schwierigkeiten hervor, zumal sich die Politik um diese Menschen nicht gekümmert hat. Diese Menschen brachten ihre Kultur, individuellen Lebensweisen und Bedürfnisse mit. Diesen Umstand vergessen Politiker aber regelmäßig und wundern sich dann, wenn es mit der Integration nicht klappt. Wir sprechen ja von „Wirtschaftsflüchtlingen“ und diese Menschen kommen nicht aus Jux und Tollerei nach Österreich, sondern um sich eine wirtschaftliche Basis zu schaffen und ihren Kindern ein besseres Lebensumfeld zu bieten.

Die meisten Zuwanderer sind unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt. Was kann die Politik tun?

Die Politik könnte unnötige Bürokratie abbauen, Zugänge zum Arbeitsmarkt erleichtern, Berufsabschlüsse vereinheitlichen und so leichter anerkennen. Bei uns fahren persische Ärzte Taxis und rumänische Krankenschwestern gehen putzen.

Stichwort Wien: Wie beurteilen Sie die Integrationspolitik der Stadt?



Zwetelina Ortega: „Politik hinkt Wirtschaft hinterher.“ Foto: Pessenlehner

Die Maßnahmen der letzten fünf Jahre beurteile ich positiv, davor wurde viel Zeit verschlafen. Die Politik hinkt der Wirtschaft hinterher, denn man muss kein „Gutmensch“ sein, um die positiven Fakten von Migration auf den Tisch zu legen. Wir sprechen ja nicht von Sozialschmarotzern, sondern von Arbeitskräften, Kunden und Steuerzahlern. Der Politik muss es gelingen, den Menschen die Angst vor dem Fremden zu nehmen – mit handfesten Argumenten, ohne Schönfärberei, indem auf die Ängste eingegangen wird. Parteien des linken

Spektrums ist es bisher nicht gelungen, positive Bilder zu erzeugen. Etwa vom türkischen Jugendlichen, der nicht gewalttätig ist, sondern höflich, ehrgeizig und es geschafft hat, sich zu integrieren.

Zum Integrationspreis, den Ihr Verein initiiert hat und bei dem 362 Integrationsprojekte eingereicht wurden: Verglichen mit den Sponsor-Geldern von etlichen Unternehmen gingen die prämierten Projektträger, finanziell gesehen, leer aus.

Diese Kritik gab es von Beginn an, aber hier geht es primär um einen Anerkennungspreis und da-

rum zu zeigen, wie viele großartige Initiativen es in Österreich gibt. Zwei kleine Initiativen wurden mit 1500 Euro unterstützt.

Also keine Änderung für 2011?

Derzeit ist das nicht vorgesehen, aber bis zum nächsten Preis ist ja noch Zeit.

Viele junge Türken sollen von der Glücksspielsucht betroffen sein. Ihre Projekte werden auch von Novomatic gesponsert. Halten Sie das für problematisch?

Nein, gerade mit dem von Novomatic gesponserten Projekt der „Biber“-Lehrredaktion haben wir jungen Menschen tolle Karriere-chancen ermöglicht. Novomatic ist bei Suchtprävention aktiv und für mich kein schwarzes Schaf.

Wie sieht es mit Integrationsprojekten Ihrer Partner-Unternehmen aus?

Die Raiffeisen Landesbank Niederösterreich-Wien setzt derzeit mit unserer Unterstützung ein Projekt zur Sensibilisierung ihrer Mitarbeiter im Umgang mit Migranten um. Wir stellen unseren Partner-Unternehmen gerne das Know-how für interne Integrationsprojekte zur Verfügung.

Wo sehen Sie die heimische Integrationsdebatte in zehn Jahren?

Die Zuwanderung nach Europa wird ein großes Thema sein, ebenso der Fachkräftemangel in Österreich. Wir sind als Gesellschaft sensibilisiert, treten offen für Zuwanderung ein – ohne der FPÖ Futter zu geben. Derzeit herrscht vor: Zuwanderung schwächt eine Gesellschaft. Aber Zuwanderung stärkt eine Gesellschaft und dieses Potenzial wird bis 2020 erkannt werden. Zuwanderung macht Österreich wettbewerbsfähiger, internationaler, besser. Dazu müssen wir Bilder schaffen. ■

Der Verein „Wirtschaft für Integration“ hat das Ziel, Unternehmen für die Umsetzung von Integrationsprojekten zu gewinnen und Jugendliche mit Projekten zur Sprach-Kompetenz zu unterstützen. www.vwfi.at

■ Leserbrief

Alles eine Frage der Perspektive

Zehnjährige Ermittlungen der Justiz wegen der Libro-Pleite; Rücknahme der Reduktion des Justizpersonals; die dramatisch steigende Belastung der Justiz durch ausufernde Wirtschaftskriminalität. Die Lösung: das Herabsetzen der Kriterien für diese Delikte.

Das Erstellen unrealistischer Businesspläne oder das Frisieren von Bilanzen verliert den Status einer kriminellen Handlung und wird zu einer hochgeachteten Spezialdisziplin einer „neuen Kreativwirtschaft“. So erlangt ganz nebenbei der vielgeschundene Begriff Kreativität einen neuen Rang auf der Pervertierungsskala – auch das ist eine Form von Fortschritt.

Nötig wäre eine neue Gesellschaftsform für Firmen: die GesoJH, Gesellschaft ohne jede Haftung. So weiß jeder Kunde, was ihn erwart-

tet, wenn er sich mit diesen Firmen einlässt. Was früher kriminell war, wird künftig schlichtweg „smart“ – und der staatliche Aufwand punkto Wirtschaftskriminalität sinkt dramatisch.

Einwände? Dieser Vorschlag ist lediglich die Anwendung der umfassenden Werteumkehr – siehe „Geiz ist geil“ – auf den Wirtschaftsbereich.

Und die Geschädigten der früheren Wirtschaftskriminalität beziehungsweise der künftigen wirtschaftlichen „Kreativkultur“? Die sind zu vernachlässigen, da sie mangels Kaufkraft kein Wirtschaftsfaktor sind und es für sie einerlei ist, ob ihr verdrecktes Trinkwasser und der Mangel an Grundnahrungsmitteln eine Naturkatastrophe oder den Ressourcenraub durch die Industriestaaten zur Ursache haben.

Prof. Ernst Smole
8680 Mürzzuschlag

Versteckte Kosten bei Elektro-Fahrzeugen

In letzter Zeit tauchen zunehmend Werbeartikel für elektrisch betriebene Fahrräder und Mopeds auf. Darin werden die minimalen Stromkosten pro 100 Kilometer den Treibstoffkosten eines Verbrennungsmotors gegenübergestellt. Dessen Kosten werden aber gerne etwas übertrieben.

Schlimmer dabei ist aber, dass auf die Kosten für die Erneuerung des Akkus (absichtlich?) vergessen wird. Diese sind um den Faktor 10 bis 20 größer als die Stromkosten, können aber bei seltener Benützung des Vehikels noch wesentlich höher ausfallen, da die meist verwendeten und sehr teuren Lithium-Akkus höchstens drei Jahre halten, bei falscher Behandlung aber noch früher am Ende sind.

Dipl.-Ing. Ewald Pangratz
1130 Wien

Zu starke Motoren, zu wenig Erfahrung

Es schmerzt jedes Mal zu lesen, wie junge Menschen bei Autounfällen ihr Leben lassen. Warum muss ein Führerscheinneuling so viele Pferdestärken unter seinem unerfahrenen Hintern haben? Stufenführerschein hin oder her, da fehlt noch der Kopf auf dem Nagel. Was spricht dagegen, die Anzahl der PS mit der Reife und Fahrerfahrung eines Menschen mitwachsen zu lassen?

Peter Fuchs
4064 Oftering

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.

■ Kurz notiert

Mankell kämpft für Operndorf

Der schwedische Schriftsteller Henning Mankell will Christoph Schlingensiefs Operndorf-Projekt in Burkina Faso auch nach dem Tod des Regisseurs weiter unterstützen. Er glaube zwar nicht, die Rolle von Schlingensief übernehmen zu können. Aber: „Das Projekt wird nicht sterben.“ Mankell ist ein Afrika-Kenner und verbringt einen Großteil des Jahres dort. Im September will er sich mit Schlingensiefs Witwe Aino und Freunden zu beraten.

Cameron plant „Avatar“ II und III

Der kanadische Regisseur James Cameron plant zwei weitere Teile von „Avatar“, der seinem Mammutwerk „Titanic“ mittlerweile den Rang als erfolgreichster Film aller Zeiten abgelaufen hat. Noch habe er nicht mit dem Drehbuch angefangen. Wichtiger sei ihm derzeit, den „Avatar“-Roman zu Ende zu schreiben, der Ende 2011 herauskommen soll. Er mache sich aber schon Notizen für die beiden geplanten neuen Folgen von „Avatar“, sagte der 56-jährige Regisseur.

Rossellini leitet Berlinale-Jury

Isabella Rossellini wird die Jury-Präsidentin der Berlinale 2011. Festivaldirektor Dieter Kosslick lobte die 58-jährige Schauspielerin und Regisseurin am Montag als „vielseitige kreative Filmkünstlerin mit umfassenden Erfahrungen im europäischen, amerikanischen und internationalen Kino“. Die 61. Internationalen Filmfestspiele in Berlin dauern 2011 vom 10. bis zum 20. Februar. ■